

# Die 300-Millionen-Euro-Frage

Ende November wird's spannend. Dann soll eine Kommission aus Juristen und Historikern mitteilen, wie sie die Eigentumsverhältnisse von Kulturgütern im Wert von 250 bis 300 Millionen Euro einschätzt. Die Fachleute prüfen derzeit, ob und welche Kunstschätze aus den ehemaligen großherzoglichen Sammlungen dem Adelshaus Baden und welche dem Land Baden-Württemberg gehören. Manches deutet darauf hin, dass der Abschlussbericht für die Nachkommen der Großherzöge eher unbefriedigend ausfällt. Sollte die Kommission tatsächlich zu dem Schluss kommen, dass viele der fraglichen Kunstschätze – anders als bislang angenommen – Eigentum des Landes sind, könnte der Streit vor Gericht seine Fortsetzung finden. Ein langer Weg durch die Instanzen dürfte die Folge sein.

Doch die Zeit wird knapp für Prinz Bernhard von Baden. Der 37-Jährige sieht sich und seine Familie nicht mehr in der Lage Schloss Salem, zu dem das drittgrößte Münster in Baden-Württemberg gehört, auf Dauer zu erhalten. Ende des Jahres läuft ein Stillhalteabkommen über gestundete Kredite in Höhe von 30 Millionen Euro mit den Banken aus. Bis dahin will der Prinz Klarheit über die Zukunft der Anlage. Dem Land droht der Adelige mit dem Verkauf von Salem an private Investoren. Ministerpräsident Günther Oettinger schließt nicht mehr aus, dass das Land Baden-Württemberg das ehemalige Kloster kauft.

Ursprünglich hatte der Ministerpräsident eine für das Land weitaus billigere Lösung für Salem im Auge. Ausgangspunkt war die seit Jahrzehnten zwischen der markgräflichen Familie und dem Land strittige Eigentumsfrage an badischen Kulturgütern – dabei geht es um Kunstschätze im Wert von 250 bis 300 Millionen Euro. Ein mit dem Adelshaus ausgehandelter Vergleich sah vor, dass die Markgrafenfamilie auf alle Eigentumsansprüche verzichtet. Zum Ausgleich wären dem Adelshaus Handschriften aus den Beständen der Badischen Landesbibliothek im Wert von 70 Millionen Euro überlassen worden, die auf dem freien Kunstmarkt verkauft werden sollten. Der Erlös war dafür vorgesehen, den Unterhalt für Salem dauerhaft zu sichern

„Salem fährt 2007/08 an die Wand“, sagt Prinz Bernhard. Die Pläne zur Rettung des ehemaligen Klosters am Bodensee lösten vor gut einem Jahr den badischen Kulturgüterstreit aus. Foto: AP

haus in den vergangenen Jahren die Sanierung der ehemaligen Klosteranlage aufgebracht hat. Das Haus Baden beabsichtigte, das gewaltige Baudenkmal in eine gemeinnützige Stiftung „Schloss Salem“ einzubringen.

Womit wohl weder Prinz Bernhard noch die Landesregierung gerechnet hatten: Als der Deal bekannt wurde, brach ein Proteststurm los. Nicht nur in der gelehrten Welt, auch in der breiten Öffentlichkeit war die Empörung

groß. Der Ministerpräsident erklärte schließlich, dass über den Verkauf der Handschriften noch nicht entschieden sei und schlug ein „Drei-Säulen-Modell“ vor, um den Vergleich zu finanzieren. Eine Säule sollen Sponsorgelder bilden, die zweite in einem ein Beitrag des Landes bestehen und die dritte von den Kultureinrichtungen des Landes aufgebracht werden. Doch die Begründung für den angestrebten Vergleich – die strittigen Eigentumsverhältnisse an den Kunstschätzen – wurde von Fachleuten zunehmend infrage gestellt. Tüchtig in die Nesseln setzte sich Günther Oettinger, als er die „Markgrafentafel“, ein Gemälde von Hans Baldung Grien, das zu den Prunkstücken der Karlsruher Kunsthalle zählt, als „unstrittiges Eigentum“ des Adelshauses Baden bezeichnete. Prompt führte der Historiker Dieter Mertens den Nachweis, dass das Gemälde schon 1930 in das Eigentum des Landes Baden-Württemberg übergegangen sei. Die Öffentlichkeit reagierte mit Spott. Oettinger kündigte daraufhin an, dass die Eigentumsverhältnisse an den Sammlungsgegenständen von einer Experten-Gruppe genau geprüft werden sollten.

Schon wird darüber spekuliert, ob das Land an dem Vergleich mit dem Haus Baden überhaupt noch interessiert sein kann, wenn die Antwort der Fachleute auf die 300-Millionen-Euro-Frage erst vorliegt. Prinz Bernhard, dem nach wie vor an einer einvernehmlichen Lösung mit dem Land liegt, sagt, man müsse Salem von der Frage der Kulturgüter abkoppeln. Mit Blick auf einen möglicherweise drohenden jahrelangen Rechtsstreit will auch Ministerpräsident Günther Oettinger nichts anbrennen lassen. Ob das Land Salem gegebenenfalls übernehmen oder es in eine Stiftung eingehen wird – was FDP und SPD bevorzugen würden – ist noch nicht absehbar. Oettinger lässt aber keinen Zweifel daran, dass er nach wie vor eine Lösung sucht, die das Staatssäckel so weit als möglich schont. Und wie der Parteitag der Südwest-Liberalen zeigt, hat auch die Idee, die Rettung Salems zumindest teilweise durch den Verkauf von Kulturgütern zu finanzieren, weiterhin namhafte Anhänger

Die Anfänge der Schlossanlage Salem liegen im Mittelalter: 1134 wurde das Zisterzienserkloster gegründet. Um 1300 wurde das imposante, heute noch bestehende gotische Münster gebaut. Die Konvents- und Abteigebäude stammen aus der Barockzeit – die Vorgängerbauten waren bei einem Brand 1679 zerstört worden. Die Anlage ging im Jahr 1802 in den Besitz des Hauses Baden über. Im Jahr 1804 fand die endgültige Auflösung des Konvents statt. Der Name Salem ist auch mit dem 1920

## Schloss Salem

von Prinz Max gegründeten Internat verbunden.

Das Schlossgelände beherbergt unter anderem

Produktion und Verwaltung der Weingüter des Markgrafen von Baden. Zu den Schaubereichen des Schlosses (geöffnet bis 1. November) gehören unter anderem ein Feuerwehr- und ein Brennereimuseum. 130 000 Touristen pro Jahr besuchen die Anlage. Seit 1995 beherbergt Schloss Salem außerdem mehrere selbstständige Handwerksbetriebe sowie Ateliers. AP/PO